Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.40 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.80 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.20 Mark, monatlich 5.40 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 196. Dienstag, den 23. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, hat der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Cuno den ihm vor einiger Zeit angebotenen Posten eines Reichsfinanzministers abgelehnt.

•

Der Vorsitzende des Völkerbundsrates erklärt in seiner Antwort an den Obersten Rat, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien einstimmig erfolgen müsse.

•

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden zwecks Aufbesserung der Gehälter und Bezüge haben gestern begonnen und werden heute fortgesetzt.

•

Frankreich wird auf der Völkerbundsversammlung, die am 7. September in Genf eröffnet werden wird, durch Leon Bourgeois, Viviani und Hanoteaux vertreten sein.

Keynes über die deutschen Lasten

Eine Atempause bis 1922, dann unvermeidliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands.

D. A. Z. beginnt mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe von dem bekannten englischen Professor Keynes, der durch sein Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages berühmt geworden ist. Keynes befaßt sich mit dem neuen Abkommen über die Reparationen auf Grund des Londoner Ultimatums und sagt: Deutschland kann sicher am 30. August die fällige Rate zahlen, teils aus den vor dem 1. Mai angesammelten ausländischen Guthaben, teils aus dem Erlös der Markverkäufe, die es in den letzten Monaten an den Börsen ausgeführt hat. Ferner wird es für die am 15. November 1921 und am 15. Januar 1922 fälligen Raten genügend Deckung finden durch die Kohlen- und sonstigen Sachlieferungen. Selbst die Februarrate 1922 dürfte sich aus den bestehenden ausländischen Guthaben und aus den Erlösen des Exports und der Markverkäufe an den Börsen beschaffen. Aber schon

die Zahlung am 15. April 1922

wird größere Schwierigkeiten bieten. Weitere Ratenzahlungen folgen dann schnell aufeinander mit 390 Millionen Goldmark am 15. Mai, 500 Millionen am 15. Juli und 390 Millionen am 15. August 1922. An einem bestimmten Zeitpunkt jedoch, der zwischen Februar und August liegen wird, muß Deutschland der

unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit

erliegen. Nur bis dahin reiche die Schonfrist, die ihm gewährt werde, und alle Gegenmittel würden sich auf die Dauer als nutzlos erweisen. Die Reparationen verschlängen mehr als die gesamten Staatseinnahmen. — Dann kommt Keynes auf die

Unterhaltungskosten für die Besatzungsarmeen

zu sprechen und sagt, es sei tatsächlich an der Zeit, daß man sich überlege, ob man nicht das im Jahre 1919 zwischen Clemenceau, Lloyd George und Wilson abgeschlossene und in Paris unterzeichnete Abkommen in Kraft treten lassen solle, wonach die von Deutschland für die Deckung der Besatzungskosten jährlich zu zahlende Summe auf jährlich 240 Millionen Goldmark zu beschränken wäre, sobald die Alliierten die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Deutschland die für seine Entwaffnung gestellten Bedingungen in befriedigender Weise erfüllt habe. Wenn man annehme, daß diese reduzierte Ziffer im nächsten Jahre wirklich zur Anwendung komme, so würden die auf Deutschlands Schultern gewälzten gesamten Lasten für die Reparation sowohl wie für die Besatzung ungefähr 75 Milliarden Papiermark betragen. Schließlich meint Keynes, es würde wohl keinem Steuerbeamten möglich sein, aus einem Volke die

Hälfte des Einkommens für Steuern herauszupressen.

Eine Schätzung ergebe, daß das deutsche Volk im Durchschnitt auf den Kopf 4500 Mark Einkommen habe. Dann käme man zu dem Ergebnis, daß nicht nur die Hälfte, sondern so gut wie zwei Drittel dieses Einkommens für die Wiedergutmachungen beansprucht würden. Die erste Schlußfolgerung sei also die, daß das neue Abkommen über die Wiedergutmachungen dem deutschen Volke zwar eine Atempause bis 1922 gestatte, trotzdem aber ebensowenig wie seine Vorgänger eine Möglichkeit für eine dauernde Besserung biete.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Der Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages.

Ueber die auf den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abzielenden Verhandlungen sind in den jüngsten Tagen hier und im Ausland Mitteilungen erschienen, die nicht aus amtlicher Quelle stammen, weil zwischen den beteiligten Regierungen strenge Vertraulichkeit bewahrt worden ist, und die auch zum größten Teil unrichtig und nur geeignet sind, auf die Verhandlungen selbst störend einzuwirken. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der beiden Regierungen, zu denen von deutscher Seite auch namhafte Vertreter des Handels und der Industrie, sowie der ehemalige Botschafter in Washington Graf Bernstorff als Sachverständige hinzugezogen wurden, sind so weit gefördert, daß mit der Unterzeichnung des Vertragsentwurfs während der nächsten Tage gerechnet werden kann. Wenn es mehrfach so dargestellt wurde, als wenn wegen der deutsch-amerikanischen Friedensvertragsverhandlungen der Wiederzusammentritt des Reichstages sich verzögern würde, so trifft das jedenfalls nicht zu. Es ist bereits angekündigt worden, daß der ursprüngliche Termin vom 6. September, an dem der Reichstag wieder zusammentreten sollte, nicht eingehalten werden dürfte; aber das hängt mit der Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien durch die Verweisung an den Völkerbundsrat zusammen und mit den Steuerfragen, deren Vorbereitung längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte als vorauszusehen war. Da am 18. September in Görlitz der sozialdemokratische Parteitag beginnt, hätte der Reichstag, kaum zusammengetreten, seine Arbeiten doch wieder unterbrechen müssen. Es erscheint deshalb ratsam, daß der Wiederzusammentritt des Reichstages zum mindesten erst nach dem Görlitzer Parteitage erfolgt. Mit den deutsch-amerikanischen Verhandlungen hat die Terminverschiebung jedenfalls nichts zu tun.

Der Friedensvertrag wird dem Reichstage, wenn er die Unterschriften der beiden Regierungen trägt, zur Ratifikation vorgelegt werden. Auf welchen Grundlagen dieser Vertrag beruhen wird, kann man ungefähr schließen, wenn man sich den Inhalt der Resolution Knox-Porter vergegenwärtigt, durch deren Annahme der Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten tatsächlich beendet worden ist. Erst nach der Ratifikation des Friedensvertrages werden die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages einsetzen können und über die Wiederherstellung aller jener Abkommen zwischen den beiden Staaten, die durch den Krieg illusorisch geworden sind, also Abkommen über den Patentschutz, über den Schutz des Urheberrechts usw. Dann erst wird man sich auch über die Form der gegenseitigen diplomatischen Vertretungen schlüssig werden können, darüber, ob Geschäftsträger oder Botschafter ernannt werden sollen. Mehrfach ist wieder Generaldirektor Cuno von der Hapag als künftiger deutscher Botschafter in Washington genannt worden. Generaldirektor Cuno ist schon mehrfach ein Ministerportefeuille und ein diplomatischer Posten angeboten worden. Er hat ebenso wie die Uebernahme des Finanzministeriums auch die des Botschafterpostens in Washington abgelehnt, kommt also jedenfalls nicht in Frage.

Poincaré, der Großmütige.

Anläßlich einer Denkmalsenthüllung in Etain im Departement Meuse hielt am Sonntag der frühere Präsident der Republik Poincare eine Rede, in der er u. a. ausführte, Haß leitet uns nicht. Zu jeder Zeit hat das siegreiche Frankreich einen besiegten Feind mit Großmut behandelt. Vor einem Deutschland, das loyal seine Niederlage anerkennen und aufrichtig danach trachten würde, uns für das uns zugefügte Unglück zu entschädigen, würden wir ohne Zögern die Ratschläge der Nachsicht und Großmut hören. Aber gegenüber einem verstockten Reich, das durch den Zusammenbruch seiner Armee nicht gelernt zu haben scheint, sind wir, und ganz besonders wir Grenzbewohner, nicht geneigt, Amnestien zu erlassen, die sehr einer Kapitulation ähnlich sehen würden. Wir sind heute ebenso entschlossen friedlich, wie wir es von 1870 bis zum August 1914 gewesen sind. Aber damit der Friede gerecht und fest gegründet sei, muß er uns gleichzeitig gegen eine Wiederkehr des Krieges schützen. Welche Ermutigung zum Wiederbeginn der gleichen Mordtaten, der gleichen Brandstiftungen und der gleichen Plünderungen würde es sein, wenn nach vier Jahren übermenschlicher Anstrengungen von 27 zivilisierten Nationen gegen die verantwortlichen Urheber dieser Infamien keine weiteren Sanktionen bestehen bleiben würden, als drei Zeilen der Verurteilung, die im Vertrag von Versailles eingefügt sind.

•

Es ist das alte Lied, das Herr Poincare in Etain gesungen hat; aber es ist durch die Wiederholung nicht wohllautender geworden. Auf seine Landsleute mag er damit wohl Eindruck machen. In der übrigen Welt wird man für die oratorische Leistung des Mannes, der selbst der größte Kriegsschürer gewesen ist und der darum ein gerüttelt Maß an Verantwortlichkeit für den Krieg zu tragen hat, nur ein Achselzucken haben.

Rußland in höchster Not.

Die Sowjetregierung nimmt alle Bedingungen an.

Wie die Agence Havas aus Riga meldet, haben die Sowjets angesichts der schweren Lage allen von der amerikanischen Hilfskommission gestellten Bedingungen zugestimmt. Man schätzt die der amerikanischen Kommission zur Verfügung stehenden und von ihr noch zu erwartenden Waren auf 30 Millionen Dollars. — Nansen ist in Riga angekommen. Zu dem abgeschlossenen Abkommen zwischen Rußland und Amerika wird noch gemeldet: Nach Meldungen aus Riga ist es nach langwierigen Verhandlungen nunmehr gelungen, sämtliche Gegensätze zwischen der Räteregierung und den amerikanischen Vertretern soweit auszuschalten, daß das Abkommen über die amerikanische Hilfe unterzeichnet werden kann. Die beiden strittigen Punkte, über die noch bis zum letzten Augenblick Unsicherheit herrschte, betrafen das Recht der Sowjetregierung, einzelne Personen, die der Delegation angehören, im gegebenen Falle ausweisen zu können, und das Recht, die Zahl der Delegationsmitglieder beschränken zu können. Die Lösung bedeutet einen Rückzug der Russen, die der amerikanischen Delegation eine Behandlung gleich einer diplomatischen Vertretung zusichern mußten.

Inzwischen veröffentlicht die Sowjetregierung den ersten amtlichen Bericht einer offiziellen Persönlichkeit über die Lage in den Hungergebieten. Dieser Bericht, verfaßt von dem Kommissar Mjaskow, der sich im Auftrage der Regierung nach dem Wolgagebiet begeben hat, erklärte, daß die bisherigen Schilderungen über die Hungerkatastrophe stark übertrieben (?) seien. Zweifellos droht in den Gouvernements an der Wolga eine Hungersnot; aber die Meldungen über den Anmarsch von Flüchtlingsarmeen, über ein Massensterben von Zehntausenden seien maßlos übertrieben. (??) Zum Schlusse seiner Ausführungen stellt Mjaskow fest, daß die Ursache der Not hauptsächlich darin liegt, daß schon im vorigen Jahre die Ernte stark gelitten habe, weshalb die ganze Bevölkerung gezwungen ist, schon seit April sich bis zu 50 Prozent mit Surrogaten — wie Gras und vermischtem Brot — zu ernähren. Die Ernteerträge werden nach seiner Meinung erst im September überblickt werden können. Wenn aber dann die Ernte unter dem Durchschnittsertrage zurückbleibt, dann sei für Dezember ein wirklich katastrophales Anwachsen der Hungersnot zu erwarten.

Kleine politische Meldungen.

Aufhebung der militärischen Sanktionen. Das Temps meldet, daß die am 18. August stattgefundene militärische Sitzung der Sachverständigen die Aufhebung der militärischen Sanktionen rechts des Rheins bedingt gebilligt, dagegen die Herabsetzung der Stärke der linksrheinischen Besatzungsarmee einstimmig abgelehnt hat. Entsprechend dem Beschlusse der Sachverständigen wird dem Temps zufolge der Antrag Frankreichs auf der nächsten Sitzung des Obersten Rates lauten.

Loucheur—Rathenau. Havas meldet: Die neue Zusammenkunft Loucheurs mit dem deutschen Minister Rathenau erfolgt auf Einladung Rathenaus. Auch diesmal sah Loucheur keine Veranlassung, die Einladung des deutschen Ministers abzulehnen. Der Matin meldet, die neuen Besprechungen lägen im Interesse Deutschlands, nachdem die Verhandlungen der Sachverständigen kein Resultat gebracht haben, das für Frankreich annehmbar wäre. Laut Vossischer Zeitung begibt sich Minister Rathenau am Donnerstag zu der Begegnung mit Loucheur nach Wiesbaden. Er wird von Staatssekretär Guggenheimer begleitet sein.

Die Grundlage für die Entscheidung. Die Morning Post veröffentlichte am Sonntag einen amtlichen Antrag Englands an den Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage. Er lautet dahin, daß der Völkerbundsrat anerkennen möchte, daß die von englischen Sachverständigen vorgeschlagene Grenzfestsetzung sowohl dem Versailler Vertrag wie auch dem Ergebnis der Volksabstimmung entspräche und deshalb dem Gutachten des Völkerbundsrates zugrunde zu legen sei.

Bevorstehende Ueberreichung einer französischen Note. In Kürze ist eine französische Note zu erwarten, in der die französische Regierung Deutschland zur Bereitstellung von Eisenbahnmaterial für den Fall des Transports von französischen Verstärkungen nach Oberschlesien auffordern wird. In der Note wird der Transport und die Zahl der täglich zu stellenden Züge angegeben werden.

Kommunistischer Parteitag in Jena. Unter sehr starker Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches hat gestern vormittag im Volkshaus in Jena der zweite Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands begonnen. In der Nachmittagssitzung teilte der Parteivorsitzende Stöcker mit, daß die Zentrale die Mitglieder Dr. Kurt Geyer Düwel und Waldemar aus der Partei ausgeschlossen habe weil sie der letzten Nummer der Levischen Zeitschrift Unser Weg Beiträge geliefert hätten.

Die Beamtengehaltserhöhungen. Die angekündigten Verhandlungen der Beamtenorganisationen und Gewerkschaften mit der Reichsregierung über die Zulagen der Staatsbediensteten haben gestern vormittag im Finanzministerium begonnen. Wie Der Deutsche hört, wird Reichskanzler Dr. Wirth persönlich an den Verhandlungen teilnehmen.

Lohnforderungen der Ruhrbergleute. Die vier Bergarbeiterverbände des Ruhrreviers haben folgende Forderungen aufgestellt: 12 Mark Lohnerhöhung pro Schicht mit Rückwirkung vom 1. August ab und Annahme dieser Forderungen bis zum 1. September. Im Ruhrrevier fanden am Sonnabend eine Reihe von Bergarbeiterversammlungen statt, in denen diese Forderungen als Mindestforderungen bezeichnet wurden.

Griechische Absichten auf Konstantinopel? Eine Reuterdepesche meldet aus Athen, daß man in der griechischen Hauptstadt fortfährt, von der Möglichkeit einer Besetzung Konstantinopels zu sprechen. Reuter meldet ferner, daß der englische Gesandte in Athen der griechischen Regierung erklärte, falls die griechischen Truppen die türkische Hauptstadt besetzten, würden sie dort nur Feinde finden.

SLUB Wir führen Wissen.